

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europausschuss

18. WP - 18. Sitzung

vom Dienstag, 5. November bis Donnerstag, 7. November 2013
im Hanse-Office in Brüssel

Anwesende Abgeordnete

Volker Dornquast (CDU)

i.V. für MdL Peter Lehnert

Rainer Wiegard (CDU)

Regina Poersch (SPD)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

stellvertr. Vorsitzender, Delegationsleiter

Angelika Beer (PIRATEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:

Seite

1. Informationsreise des Europaausschusses nach Brüssel

4-14

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Dr. Klug, eröffnet die Sitzung am 5.11. um 15.15 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Der Ausschuss billigt die Tagesordnung.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Informationsreise des Europausschusses nach Brüssel

Ein Kurzbericht befindet sich im Anhang.

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Klug, schließt die Sitzung am 7.11. um 13.00 Uhr.

gez. Abg. Dr. Ekkehard Dr. Klug
Stellvertretender Vorsitzender

gez. Jutta Schmidt Holländer
Protokollführerin

Anhang:

Kurzbericht über die Informationsreise des Europaausschusses nach Brüssel

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (ER) am 24./25. Oktober 2013

Peter Tempel, Botschafter und Ständiger Vertreter der BR Deutschland bei der Europäischen Union in Brüssel, erläutert die Ergebnisse des jüngsten Europäischen Rates. Es gebe Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung, aber die EU müsse ihre Bemühungen zur Stärkung des Wachstumspotenzials, zur Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas fortsetzen.

Der Europäische Rat habe vor allem die Themen a) digitaler Binnenmarkt, b) Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), c) östliche Partnerschaft und d) Flüchtlingspolitik vertieft:

zu a) Europa müsse im Rahmen seiner Wachstumsstrategie digitale Innovationen in allen Wirtschaftszweigen fördern. Rechtsvorschriften zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Breitbandnetzen sollten rasch angenommen werden. Der ER habe die Kommission und die Mitgliedstaaten aufgerufen, ihre Bemühungen im Bereich Innovation und Forschung fortzusetzen. Er werde auf seiner Tagung im Februar 2014 eine Bilanz der Fortschritte ziehen.

b) Zur Förderung eines starken, nachhaltigen und integrativen Wirtschaftswachstums im Euro-Währungsgebiet müsse die Koordinierung der Wirtschaftspolitik weiter verstärkt werden. Im Hinblick auf verbindlichere Absprachen im Rahmen des Europäischen Semesters zeigten sich die Mitgliedstaaten verhalten. Im Anschluss an die Veröffentlichung des Jahreswachstumsberichts im Dezember werde die Kommission Beratungen führen, um sich anhand der einschlägigen Indikatoren auf die wichtigsten Bereiche für die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken und –reformen zu verständigen.

Es sei wichtig, dass das Europäische Semester (Jahreswachstumsbericht / nationale Reformprogramme / länderspezifische Empfehlungen) sich in engem Dialog mit den nationalen Regierungen und Parlamenten vollziehe. Die Kommission müsse die Empfehlungen zielgenauer formulieren. Diese würden dann vom Rat für alle Mitgliedstaaten angenommen. Die bisherige Erfahrung zeige, dass ca. 10% der länderspezifischen Empfehlungen beachtet und umgesetzt würden. Das Europäische Semester lebe vom politischen Dialog; d.h. dieser müsse auch in und mit den Parlamenten geführt werden. Die Kommission sei dabei, in ihren Vertretungen in den Mitgliedstaaten jeweils einen zentralen Ansprechpartner für das Europäische Semester zu benennen.

Die Verordnung zum einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) und die Änderungsverordnung zur Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) seien verabschiedet worden. Damit werde ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Bankenunion vollzogen. Die Vollendung der Bankenunion erfordere nicht nur einen einheitlichen Aufsichtsmechanismus, sondern auch einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus. Der ER habe die Gesetzgeber dazu aufgerufen, die RL über die Sanierung und Abwicklung von Banken sowie die RL über die Einlagensicherung bis Ende des Jahres anzunehmen. Der ECOFIN Rat werde sich im Dezember damit beschäftigen. Die Vereinheitlichung des Rechtsrahmens solle vor Ende der gegenwärtigen Legislaturperiode angestrebt werden.

c) Am 28./29. November 2013 werde ein Gipfeltreffen zur Östlichen Partnerschaft in Vilnius stattfinden. Beabsichtigt sei, das Assoziationsabkommen (u.a. Freihandelszone) mit der Ukraine zu unterzeichnen, sofern den Forderungen im Bereich der Justiz Rechnung getragen werde. Die EU sei bereit, vergleichbare Abkommen mit der Republik Moldau und Georgien zu verhandeln.

d) Die Kommission habe kürzlich eine Task Force „Mittelmeerraum“ eingesetzt, die Politikinstrumente für verbesserte europäische Strategien zur Bewältigung der Migrationsströme i.S. von Vorbeugung, Schutz und Solidarität entwickeln solle. Die Kommission werde dem Rat auf seiner Tagung am 5./6. Dezember 2013 über die Ergebnisse der Task Force Bericht erstatten.

In der Diskussion weist Botschafter Peter Tempel auf folgende weitere Punkte hin:

Der Vorschlag der Kommission zur Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft sei der zweite Fall, in dem die nationalen Parlamente im Rahmen der Subsidiaritätsprüfung eine gelbe Karte erteilt hätten. Er rechne in diesem Fall damit, dass das Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit in Erwägung gezogen werde. Da die Hürden dafür allerdings hoch seien, müsse man abwarten, ob es überhaupt dazu käme.

Im Rahmen der Subsidiaritätsprüfung zeichne sich eine Diskussion ab, wie die Anforderungen an eine bessere Gesetzgebung aussehen könnten. Die Anzahl von 28 Kommissaren, das Europäische Parlament als Mitentscheidungsgesetzgeber und viele, nicht transparente Trilogverfahren seien Gründe für ein zu kompliziertes und wenig transparentes EU-Gesetzgebungsverfahren.

„Horizont 2020“ als neues europäisches Rahmenprogramm für Forschung und Innovation im Zeitraum 2014 - 2020

Rudolf Strohmeier, stellvertretender Generaldirektor der Generaldirektion Forschung und Innovation (RTD) fasst die neueren Entwicklungen wie folgt zusammen:

Horizont 2020 bündele und konzentriere die gemeinschaftlichen Anstrengungen Europas in Forschung, Technologie und Innovation auf die Lösung vordringlicher gesellschaftlicher Herausforderungen (Energie, Umwelt-, Biodiversitäts- und Klimaschutz, Ressourceneffizienz, Rohstoffe, Mobilität, Sicherheit, Gesundheit, Ernährung sowie gesellschaftlicher und demographischer Wandel), setze auf Schlüsseltechnologien (IuK, Nanotechnologie, Werkstoffe, Biotechnologien, Raumfahrt) und stärke die wissenschaftliche Pionierforschung, die neues Wissen als Voraussetzung künftiger Innovationen schaffe. Die drei Säulen - Exzellenzinitiative, industriell geprägte Leadership und gesellschaftliche Herausforderungen – entsprächen den deutschen Vorstellungen. Diese Struktur sei wichtig für die Antragstellung nach dem neuen Forschungsrahmenprogramm. Die Projekte müssten wesentlich breiter aufgestellt sein als ein rein technologieorientierter Ansatz.

Zukünftig würden nicht nur der eigentliche Forschungsbereich, sondern auch marktnahe Modelle gefördert. Private Public Partnership (PPP), bei der die Industrie selbst die Forschungsagenda definiere, sei mehr und mehr im Kommen. Im Sinne von Kostenreduzierung setze die Industrie vermehrt auf PPP. In den deutschen Forschungsministerien sei dies bisher so noch nicht angekommen. In der Forschungspolitik werde zunehmend die Wertschöpfungskette abgebildet, indem Forschung und Innovation zusammengeführt würden (industriepolitische Dimension).

Ab 2014 könnten Pilotprojekte sowohl aus dem Forschungsrahmenprogramm als auch aus den Regionalfonds finanziert werden. Die Zusammenarbeit von Forschern und Regionalpolitikern müsse verbessert werden. Es werde interessant sein, welche Mitgliedstaaten Projektvorschläge lieferten und welche nicht. Deutschland habe sich bisher aufgrund der gut ausgestatteten nationalen Forschungsförderung relativ wenig um europäische Gelder bemüht.

Im Hinblick auf das für Schleswig-Holstein wichtige Thema „blaues Wachstum“ seien zwar Forschungskapazitäten vorhanden; es fehle jedoch die industrielle Anbindung. Die zentrale Herausforderung bestehe darin, die Zusammenarbeit der Forschungseinrichtungen in einer nationalen Strategie zu verankern und diese mit den Industriekomponenten zu verzahnen. So werde es beispielsweise in Frankreich gehandhabt.

EU- Asyl- und Flüchtlingspolitik

Andrea Schumacher, Referatsleiterin EU-Innenpolitik der Ständigen Vertretung der BR Deutschland bei der Europäischen Union, verweist im Hinblick auf das Thema „Armutszuwanderung aus der EU“ auf das „Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien“ vom 22.01.2013 (vgl. Anlage 1).

Um Lösungen für die Migrationsströme aus Drittstaaten zu finden, sei die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern – auch durch eine angemessene EU-Entwicklungsförderung und eine wirksame Rückführungspolitik – wichtig. Nicht nur im Hoheitsgebiet der EU-Mitgliedstaaten, sondern auch in den Herkunfts- und Transitländern solle der Kampf gegen Schleusung und Menschenhandel intensiviert werden. Die Aktivitäten von Frontex im Mittelmeer und an den südöstlichen Grenzen der EU sollten verstärkt werden. Die rasche Einführung des neuen Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR) durch die Mitgliedstaaten werde dazu beitragen, dass Schiffe und illegale Einreisen entdeckt und Menschenleben an den Außengrenzen der EU geschützt und gerettet würden. Die Kommission habe eine Task Force „Mediterranean“ eingerichtet, um ein Konzeptpapier für kurz- und mittelfristige Maßnahmen zu erarbeiten.

Da das Stockholmer Programm (programmatische Zukunftsstrategie der europäischen Justiz- und Innen-, Asyl- und Migrationspolitik) im Jahre 2014 auslaufe, werde die Kommission im Frühjahr 2014 eine Mitteilung verfassen und dabei versuchen, eine breiter und längerfristig angelegte politische Perspektive für Migrations- und Asylfragen aufzuzeigen.

Auf die Frage, wie es komme, dass in Griechenland seit zwei Jahren die Dublin II und die Vorgängerverordnung aufgrund der unzumutbaren Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge ausgesetzt seien, antwortet Andrea Schumacher, jeder Mitgliedstaat müsse seine Aufgaben machen. Die Kommission sei für Lösungsvorschläge offen, wenn jemand eine Idee habe. Bei einem derart komplexen Thema gebe es keine einfachen Lösungen.

EU-Kohäsionspolitik

Walter Deffaa, Generaldirektor der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung (REGIO), weist darauf hin, dass im neuen Programmplanungszeitraum mehr Mittel für Interreg zur Verfügung stünden, wovon Schleswig-Holstein profitieren dürfte (Ostsee-, Nordseepolitik, grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark).

Im Programmierungszeitraum des Ostseeprogramms sei eine enge Verknüpfung zwischen dem neuen Interreg B Ostseeprogramm und der EU-Ostseestrategie wichtig. Hierbei sei von zentraler Bedeutung, dass sich die Themen der Kulturpriorität in den Förderbedingungen des Ostseeprogramms widerspiegeln. Der Mitgliedstaat müsse in der Partnerschaftvereinbarung erklären, wie die Kulturprojekte koordiniert würden. Die KOM sei grundsätzlich positiv eingestellt, Kultur aus dem EFRE zu finanzieren.

In Schleswig-Holstein konzentrierten sich 80% der Mittel auf folgende drei thematische Ziele:
„Forschung und Entwicklung“ (35% der EFRE Mittel)
„Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU“ (20% der EFRE Mittel)
„Verringerung von CO2 Emissionen“ (25 % der EFRE Mittel)

Sollte sich das Land entschließen, eine weitere Prioritätsachse bzw. ein weiteres thematisches Ziel aufzubauen, könne dies nur im Rahmen der Integrierten Territorialen Investition (ITI) geschehen. Dabei handele es sich um ein neues Umsetzungsinstrument für Teile des Operationellen Programm EFRE, das im Rahmen von Wettbewerbsverfahren und unter besonderer Berücksichtigung regionaler Perspektiven umgesetzt werden solle. Es handele sich dabei um einen funktionalen Raum, in dem Investitionen jenseits der Verwaltungsgrenzen umgesetzt werden könnten; eine Art „eigenes thematisches Ziel“ wie z.B. Altlastensanierung, nachhaltige Stadtentwicklung, Speichertechnologien.

Infrastrukturförderung werde voraussichtlich nur in den Regionen möglich sei, die nicht zu den besser entwickelten zählten. Vor diesem Hintergrund könne ITI interessant sein.

Im Programmplanungszeitraum 2014-2020 werde die Schaffung von durch die örtliche Bevölkerung betriebene Multifonds-Strategien zur lokalen Entwicklung gefördert (Community-Led Local Development – CLLD). Diese Multifonds-Methodik zur lokalen Entwicklung sei ideal, um Verbindungen zwischen ländlichen, städtischen und Fischereigebieten herzustellen. Die Mitgliedstaaten müssten in ihren Partnerschaftvereinbarungen angeben, in welchen Programmen und Gebieten die CLLD verwendet würden. Während CLLD (LEADER) für den ELER obligatorisch sei, sei CLLD für den EFRE, ESF, EMFF optional. Die Frist für die Auswahl und Genehmigung lokaler Strategien laufe bis Ende 2015. Bisher gebe es aus Deutschland keine Vorschläge dazu. Es solle nicht die Möglichkeit verpasst werden, CLLD umzusetzen.

20 Jahre AdR – Rück- und Ausblick

Gerhard Stahl, Generalsekretär des Ausschusses der Regionen (AdR), zeigt die Tendenz einer zunehmenden Renationalisierung als Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise auf:

- Bei dem Ansatz der makroökonomischen Konditionalität in der Strukturpolitik werde die Regionalpolitik vom Verhalten des Staates abhängig gemacht.
- Die länderspezifischen Leitlinien hätten Auswirkungen auf den Haushalt der Mitgliedstaaten, ohne die innerstaatlichen Kompetenzen zu beachten.
- Die Bewertung der Europa 2020 Strategie sei zu abstrakt, zu zentralistisch. Die Ausrichtung müsse unter Einbezug der Regionen gemacht werden.

Der AdR müsse den zentralistischen Tendenzen begegnen, die mehr und mehr von den Mitgliedstaaten ausgingen. So entsprächen beispielsweise die sozialen Kosten der Krisenbewältigung (z.B. in Griechenland, Portugal) nicht mehr den Werten der Gesellschaft.

Vor dem Hintergrund des veränderten Gleichgewichts der führenden Weltnationen (u.a. Aufstieg China) gerieten die europäischen Mitgliedstaaten mehr und mehr in die Situation von Kleinstaaten. Insofern wachse auch die Bedeutung der Regionen.

Diese Einschätzung werde jedoch nicht von allen AdR Mitgliedern so geteilt. Es gebe zwei grundlegend unterschiedliche Ansätze zur Zukunft des AdR. Die einen würden dafür plädieren, dass der AdR sich auf die Rolle in der Gesetzgebung konzentriere, die anderen würden darüber hinaus auch eine zentrale Rolle darin sehen, auf Fehlentwicklungen hinzuweisen.

Energiepolitik

Michael Hager, Kabinettchef von EU-Kommissar Günther Oettinger, zeigt auf, dass die Energienetze in Europa mangelhaft verknüpft sind. Der Energietransport über die Grenzen hinaus liege im einstelligen Prozentbereich. Die Voraussetzungen für einen funktionierenden Binnenmarkt lägen insofern nicht vor. Die „Connecting Europe Facility (CEF)“ solle Abhilfe schaffen. Die CEF werde ein Gesamtbudget von 29,3 Milliarden Euro für die Jahre 2014-2020 umfassen. Davon würden etwa 23,2 Milliarden Euro speziell für den Verkehrssektor und die Verbesserung grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen bereitgestellt. Zudem seien 5,12 Milliarden Euro für die Modernisierung und Ausweitung der Energieinfrastruktur und eine bessere Energieversorgungssicherheit vorgesehen. Eine weitere Milliarde fließe in die Entwicklung von Breitbandnetzwerken und digitalen Diensten. Für „Vorhaben von gemein-

samem Interesse“ (PCI) würden beschleunigte Genehmigungsverfahren und bessere rechtliche Bedingungen gelten.

Vor vier Wochen sei eine Projektliste für zu fördernde grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte im Energiebereich vorgelegt worden. Davon seien mehrere für Schleswig-Holstein interessant (vgl. Anlage 2: „Projects of Common Interest – Germany“).

Im Kontext der europäischen Energie- und Klimapolitik sei das Ziel für mehr Energieeffizienz das einzig nicht verbindliche. Von den Mitgliedstaaten sei in diesem Bereich bisher zu wenig gemacht worden. Abhilfe werde von den Vorgaben der Energieeffizienzrichtlinie erwartet.

Die Auswirkungen des Erneuerbaren Energie Gesetzes auf die Strompreise in Deutschland würden immer problematischer. Die Subventionierung in der Aufbauphase sei richtig gewesen, nicht aber die Betonierung der Förderung. Die Kommission hätte vor drei Tagen Leitlinien für Subventionen im Strommarkt verabschiedet. Von diesen sollten Anregungen ausgehen, wie bisherige Systeme reformiert und wie back-up Kapazitäten in einen funktionierenden Binnenmarkt integriert werden könnten (siehe Anlage 3: „Leitlinien nationale Beihilfen für Strom“, Memo vom 5. November 2013).

Die Speicherung von Erneuerbaren Energien sei ein wichtiges Thema bei Horizont 2020. Im Forschungsbereich werde dem Thema Aufmerksamkeit zuteil. Eine Marktreife sei jedoch in den nächsten sieben Jahren nicht zu erwarten.

Mit der Methode des Hydraulic Fracturing (hydraulisches Aufbrechen, kurz „Fracking“) sei es möglich geworden, in Gesteinsschichten gebundene Gas- und Ölvorkommen zu fördern. Ein Gemisch aus circa 94,5 Prozent Wasser, fünf Prozent Sand und etwa 0,5 Prozent chemischer Zusätze werde unter hohem Druck in die Gesteinsschicht gepresst. Dadurch werde das Gestein aufgebrochen. Um die Risse so weit offen zu halten, dass Gas beziehungsweise Öl hindurchströmen könnten, sei Sand beigemischt.

Umweltschützer fürchteten auf Grund des Chemikalieneinsatzes eine Verunreinigung des Grundwassers. Deshalb werde die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung gerade überarbeitet. Polen und Großbritannien setzten stark auf Fracking. Italien und die Ukraine hätten ebenfalls Interesse, während in Frankreich und Bulgarien ein Einsatzverbot gelte. Einer

Schätzung zufolge könnte die Abhängigkeit von bisherigen Gas- und Ölvorkommen durch Fracking nur um 5-10 Prozent verringert werden. Deutschland habe ohnehin nur begrenzte Schiefergasvorkommen.

Arbeitsfrühstück mit norddeutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments

Die MdEP kritisieren übereinstimmend, dass sich der Rat im Rahmen der Haushaltsverhandlungen, der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzplan und auch in anderen Bereichen wiederholt nicht vertragstreu verhält und Vereinbarungen mit dem EP in Frage stellt.

Die Kommission beanspruche in zunehmendem Maße delegierte Rechtsakte. Diese seien teilweise sehr weich formuliert, wodurch ein eigenmächtiges Handeln der Kommission ermöglicht werde.

Durch die Multifonds Programme gebe es viele neue Bezuschussungsmöglichkeiten, die von den Regionen bewusst genutzt werden sollten.

Des Weiteren tauschen sich die Abgeordneten intensiv über Neuerungen in der EU-Fischereipolitik und über die EU-Jugendbeschäftigungspolitik aus (siehe hierzu auch das Gespräch mit Ragnar Horn, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit).

Integrierte Meerespolitik

Haitze Siemers, Referatsleiter in der Generaldirektion Maritime Angelegenheiten und Fischerei (MARE), weist auf die Mitteilung der Kommission „Blaues Wachstum“ (COM(2012)494 final vom 13.9.2012) hin. Danach habe sich der maritime Sektor im Durchschnitt als erheblich wachstumsträchtiger erwiesen als die übrige Wirtschaft. Entsprechendes Potential sei insbesondere in folgenden fünf Sektoren vorhanden:

- Erneuerbare Energien z.B. Offshore Windenergie, Tidenhub, Wellenenergie
Im Oktober sei eine Mitteilung der Kommission zu den Finanzierungsmodellen vorgelegt worden.
- Aquakultur

- **Blaue Biotechnologie**
Wachstumspotential sei vorhanden, aber es komme nicht so richtig in Fahrt. Aktuell erarbeite die Kommission eine Folgenabschätzung hierzu.
- **Meeresbodenressourcennutzung**
- **Küsten- und Meerestourismus**
Die Küstenregionen sollten zusammenarbeiten und die komparativen Kostenvorteile nutzen. Anfang nächsten Jahres lege die Kommission hierzu ein politisches Dokument vor.

Im Jahre 2012 seien eine Meeresbeckenstrategie für den Atlantik (Nordsee) und ein Aktionsplan für die Entwicklung der Meereswirtschaft von der Kommission verabschiedet worden. Zur Finanzierung des Blauen Wachstums gebe es spezifische Ansätze in den verschiedenen Struktur- und Fischereifonds. Es sei wichtig,

- die Aktionsplanaktivitäten mit dem neuen Finanzrahmen zu verbinden,
- Vorhaben für das Blaue Wachstum explizit in die Partnerschaftsabkommen und die Operationellen Programme aufzunehmen,
- mehr noch als im Fischereifonds gebe es Ansätze zur Förderung der Meerespolitik in den anderen Strukturfonds.

Aktuell werde daran gearbeitet, wie es mit der Meereswirtschaft im Ostseeraum aussehe. Die Kommission habe hierzu eine Studie „Meeresbecken Ostseeraum“ in Auftrag gegeben, die so gut wie abgeschlossen sei. Auf dieser Grundlage werde Ende des Jahres ein politisches Dokument als Ergänzung zur Ostseestrategie vorgelegt (Entwicklungsschwerpunkte: Maritimer Tourismus, Forschung, Meerestechnologie, Innovation).

Anfang 2013 sei mit dem 1. Aufruf zur Einreichung von Forschungsvorhaben im Rahmen von Horizont 2020 zu rechnen. Dies sei eine Chance für die Weiterentwicklung des Blauen Wachstums.

Der Europäische Tag der Meere finde im Mai 2014 in Bremen statt. U.a. stünden Innovation und Meerestechnologie auf der Agenda.

In Anlehnung an den Masterplan „Maritime Technologie“ in Schleswig-Holstein könne ein Masterplan „Maritime Technologie“ für den ganzen Ostseeraum erarbeitet werden.

EU-Binnenmarktpolitik

Kristin Schreiber, stellvertretende Kabinettschefin von EU-Kommissar Barnier, weist darauf hin, dass das neue Finanzsystem für Europa einen großen Teil der Arbeit in Anspruch nehmen und auch die Binnenmarktakte I und II weiterhin eine Baustelle seien (vgl. hierzu im einzelnen die Anlagen 4 und 5).

Strategie zur Bekämpfung der EU-Jugendarbeitslosigkeit

Ragnar Horn, Referent in der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit (EMPL), hält einen Power-Point Vortrag zur EU-Jugendbeschäftigungspolitik (vgl. Anlage 6).

Anlagen:

1. „Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien“ vom 22.01.2013
2. Connecting Europe Facility: Projects of Common Interest (Auszug aus der Projektliste für Deutschland)
3. „Leitlinien nationale Beihilfen für Strom“, Memo der EU Kommission vom 5.11.2013
4. „Ein neues Finanzsystem für Europa“, EU Kommission vom 27.09.2013
5. „Gemeinsam für neues Wachstum, Binnenmarktakte I und II“, EU Kommission vom 25.07.2013
6. „EU-Jugendbeschäftigungspolitik“, Power-Point Präsentation von Ragnar Horn, Referent Europäische Kommission – Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration